

Einfache Arbeit für Offenbach - Ein Plädoyer für öffentlich geförderte Beschäftigung in einem Zentrum für Kreislaufwirtschaft

1. Der Arbeitsmarkt und die Verlierer im Strukturwandel

Offenbach ist seit Mitte der 1970er Jahre im Strukturwandel: Seitdem schwinden die Gewerbebetriebe und deren Arbeitsplätze, geht einfache Arbeit verloren. Einfache Arbeit ist heute nicht vollständig verschwunden. Sie hat sich aber verknappert und in die Dienstleistungen verlagert.

Viele Menschen aus Offenbach und der Region und aus Europa konkurrieren um diese Plätze – darunter viele Qualifizierte und Leistungsfähige. Die Chancen schwächerer Marktteilnehmer sinken. Gesicherte Beschäftigung wird seltener, Arbeitslosigkeit wird häufiger oder wird Dauerzustand. Offenbach hat sehr viele solcher Menschen: fast ein Viertel seiner erwerbsfähigen Bevölkerung lebt nicht von eigener Arbeit, sondern hängt ab von Sozialtransfers.

2. Das Problem erledigt sich nicht – trotz neuer Konzepte, Konjunktur und demografischer Entwicklung

Im 7. Jahr nach Einführung des SGB II bleibt es dabei: Trotz intensiver Aktivierung und schöner Vermittlungserfolge, die besonders das SGB III entlasten, aber auch die bessere Hälfte im SGB II in Bewegung hält und oft auch in Arbeit bringt, strömen gleichzeitig wieder viele Menschen neu in das Hilfesystem ein, oder fallen nach kurzfristiger Eingliederung wieder zurück oder – dies ist die besonders problematische Gruppe - verharren bereits seit Jahr und Tag ununterbrochen im System.

Also sind diejenigen, die seit Jahr und Tag im Hilfesystem verharren, gar nicht wirklich beschäftigungsfähig? Überführe man sie also in das SGB XII und lasse man sie in Ruhe? Und was dann? Dann sind die Menschen immer noch da. Zu Lasten des kommunalen Haushalts. Und ist es gut für eine Stadt, wenn so viele Menschen beschäftigungslos und damit auch arm sind? Ist es gut für die betroffenen Familien und die Kinder, die den Zustand ihrer Eltern erleben und erleiden?

3. Arbeit hilft – Sozialpolitik schafft Arbeit für soziale Zwecke

Öffentlich veranlasste Arbeit ist eine sinnvolle Antwort auf die Lage der Verlierer des Strukturwandels, weil Arbeit über besondere Qualitäten verfügt, während Nichtarbeit besondere Negativwirkungen nach sich zieht:

- Ausschluss von Arbeit macht arm. Armut schließt von Teilhabe aus.
- Ausschluss von Arbeit beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und macht daher krank.
- Nichtarbeit verändert Tagesstruktur, Tempo, Aufmerksamkeit.
- Arbeit gibt Tagesstruktur, Lohn und Selbstwertgefühl.
- Arbeit ist mit Kollegialität und sozialem Anschluss verbunden.

- Arbeit fordert; Leistungsschwäche oder Anpassungsprobleme können nur durch Anforderungen („Training“) gebessert oder überwunden werden.

4. Wie Offenbach Beschäftigung schuf und gestaltete

Geförderte Beschäftigung hat eine 130-jährige Tradition in Deutschland - die Gewerbestadt Offenbach war unter den Vorreitern. Carl Ulrich war treibende Kraft der ersten sozialdemokratischen Programme der Arbeitsförderung in Deutschland und erreichte in Offenbach deren Ablösung von der Armenfürsorge im Jahr 1899. In den 1920-iger Jahren waren ABM an der Eindeichung des Mains beteiligt („Portefeller-Damm“). Die schnelle Absorption der Arbeitslosigkeit im Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit ließ Beschäftigungsförderung in Vergessenheit geraten.

Geförderte Beschäftigung lebte Mitte der 1980er Jahre wieder auf – nun jedoch als Antwort auf die zunehmende Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit der „Strukturwandelverlierer“. Die GOAB wurde im Jahr 1985 ins Leben gerufen. Die Botschaft war: Die Stadt organisiert Beschäftigung, weil sie sich um ihre langzeitarbeitslosen Bürger in Bezug von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe sorgt.

Die GOAB nahm Profil an: marktnahe Beschäftigung mit sichtbarem Nutzen für die Stadt oder für gesellschaftliche Zwecke ist angezeigt – Orientierung an Tempo, Güte und Wirtschaftlichkeit der Realwirtschaft ist nötig. Eigene wirtschaftliche Beiträge sind zu erarbeiten – denn die Zuschüsse sind zu gering für ernsthafte Technik und die Anstellung von gutem Personal.

Die GOAB hat heute sehr viel Arbeit; oft mehr, als bewältigt werden kann. Das ist das beste Zeugnis, das vorgeblich „überflüssigen“ Menschen ausgestellt werden kann. Unter richtiger Betriebsführung sind sie offenbar sehr wohl in der Lage, nachgefragte gewerbliche Leistungen (überwiegend einfacher Natur, aber die in marktüblicher Qualität) in großem Umfang und in respektabler Produktivität zu erbringen.

5. Die Politik der Bundesregierung zerstört die geförderte Beschäftigung

Die gegenwärtige Bundesregierung hat sich die Zerstörung der geförderten Beschäftigung zum Ziel gesetzt. Damit befriedigt man die Bedarfslage des kleineren Koalitionspartners und von Lobbyverbänden der Wirtschaft und des Handwerks.

Von bundesweit insgesamt 350.000 Arbeitsplätzen sind heute kaum mehr als 100.000 noch vorhanden. Auch in Offenbach wurden vormals 800 Plätze auf ein knappes Viertel reduziert.

6. Die Kommunen in der Verantwortung: sozialer Arbeitsmarkt !

Angesichts des Abbaus geförderter Beschäftigung breitet sich Erschrecken unter den sozial-politischen Akteuren und in den Kommunen aus. In zahlreichen Stellungnahmen wird die „Rückkehr auf die Couch“ von hun-

dertausenden Hilfebedürftigen bedauert und wird sozial versicherte Beschäftigung in einem „Sozialen Arbeitsmarkt“ gefordert. Erlaubt wäre es: auf Rechtsgrundlage des § 16e SGB II kann sozial versicherte Beschäftigung gefördert werden, der die Marktteilnahme offen steht. Dabei geht es immer um Menschen mit sehr schlechter Vermittlungsperspektive.

Die Finanzierung der Arbeitsplätze in Sozialen Arbeitsmarkt kommt aus Eingliederungsmitteln des Bundes, der Kommune sowie aus Eigenerlösen. Der öffentliche Mitteleinsatz wird zu guten Teilen refinanziert durch Einsparungen an Sozialtransfer und Zufluss in die Sozialversicherung.

Kommunale Sozialwirtschaft ist für Offenbach nicht neu. Auf Basis einer lokalen Abstimmung hat die GOAB in ihrem Recycling-Zentrum binnen 20 Jahren einfache Arbeit für zuletzt fast 200 Menschen geschaffen. Momentan sind es noch 80.

7. Eine Vision: einfache Arbeit in einem Zentrum für Kreislaufwirtschaft

Betriebe des sozialen Arbeitsmarkts sollen eine Reihe von Kriterien gleichzeitig erfüllen:

- die Arbeit muss zu den Menschen und ihrem Leistungspotential passen
- es sollen ernsthafte Finanzierungsbeiträge erwirtschaftet werden
- eine Negativwirkung auf die ansässige Wirtschaft soll nicht eintreten
- der Arbeitsgegenstand soll arbeitsintensiv und mit gemeinem Nutzen verbunden sein.

Das Recycling-Zentrum der GOAB ist ein Betrieb, der diese Kriterien besonders gut erfüllt. Unter Einsatz von menschlicher Einfacharbeit werden derzeit 9.000 t Elektro-Abfälle (das sind ca. 1% des bundesdeutschen Anfalls) von Schadstoffen befreit und in Rohstoffe zurückverwandelt.

Vor Ort und in der nahen Region gibt es keine vergleichbaren gewerblichen Betriebe, die beeinträchtigt würden. Das artverwandte Gewerbe (Rohstoffwirtschaft, Logistiker) profitiert sogar noch von den Abfall- bzw. Rohstoffströmen, die der Sozialbetrieb anzieht. Deshalb hatte die IHK Offenbach auch über Jahr und Tag kein Problem, dem Recycling-Zentrum die sog. „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ auszustellen.

8. Wird eine industrielle Brache zur Keimzelle von Umweltgewerbe?

Am derzeitigen Standort des GOAB-Recycling-Zentrums in der Mühlheimer Str. 185 und Im Großen Ahl 35 sind die genehmigten Verarbeitungsmengen erreicht; die logistische Situation ist schwierig. Für eine Weiterentwicklung des Zentrums zu mehr Tonnage und mehr Arbeitsplätzen ist ein anderer Standort notwendig, auf dem in Zukunft mindestens 15.000 t Altgeräte verarbeitet werden können.

Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz eröffnet der kommunalen Abfallwirtschaft neue Spielräume, die angesichts knapper Rohstoffe und einem weiterhin steigenden Anfall von werthaltigen Abfällen wirtschaftlich von hohem

Interesse sind. Auch der ESO und seine Sortieranlagen brauchen einen besseren Standort mit Entwicklungspotential.

Eine Lösung für diese Standortfragen kann das **Gelände der ehem. Alessa Chemie** bieten. Es verfügt über die unverzichtbaren Genehmigungen nach BImSchG und über ausgedehnte Flächen und Bauten, die für jede angestrebte Verarbeitungsmenge ausreichen. In Kombination von

- den dort bereits entstandenen energiewirtschaftlichen Anlagen der EVO
- einem neuen Standort für die ESO-Abfallwirtschaft
- einem neuen Standort für das GOAB-Recycling-Zentrum
- und ggfls. weiteren Einrichtungen der Umwelttechnik oder Umweltpolitik

könnte hier – neben den Anlagen der RMA in Flörsheim-Wicker - ein zweites Zentrum für Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft im Rhein-Main-Gebiet entstehen.

Offenbach, im September 2012

Jürgen Schomburg